

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich Fahrenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Tel. 4423 • Druck und Versand Joh. van Riken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 4692 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— Mk.

## Die Ansprüche der Arbeiterschaft auf Mitleitung und Mitbesitz der Wirtschaft.

Aus dem Vortrag unseres Verbandvorsitzenden Kollegen Heinrich Fahrenbrach, gehalten auf der Verbandsgeneralversammlung zu Barmen, (9.—12. Juni 1924).

I.

Wenn die christlich organisierte Textilarbeiterschaft sich auf den verschiedensten Gebieten ernstlich bemüht, die Textilwirtschaft zu fördern und ihre Erträge zu steigern, so kann diese Arbeiterschaft mit umso größerem Rechte verlangen:

1. bei der Leitung der Wirtschaft und
2. am Besitz mit beteiligt zu werden.

Auf diesen Gebieten wären der deutschen Arbeiterschaft sicher schon weit größere Erfolge beschieden gewesen, wenn nicht die grundfalsche, doktrinär-marxistische Klassenkampfeinstellung der Sozialdemokratie solchen Erfolgsmöglichkeiten direkt entgegengewirkt hätte. Der Kampf gegen den Kapitalismus, wie er von der Sozialdemokratie und dem Kommunismus verstanden und geführt wird, hat der Arbeiterschaft in erster Linie geschadet und dem kapitalistischen System keinen Abbruch getan. Der Sozialismus handelt heute noch bei der Bekämpfung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems genau so töricht wie jene Arbeiter in England und Deutschland gehandelt haben, die vor 100 Jahren beim Übergang zum mechanischen Fabrikbetrieb die Maschinen zertrümmten und Fabriken niederrißen. Zerstören und Niederreißen kann der Sozialismus und Kommunismus auch heute noch, dafür wurden uns ja in Deutschland und besonders in Rußland die besten Beweise geliefert. Leider haben vor allem die Arbeiter die Kosten dieser Zerstörungsarbeiten tragen müssen. Den Wiederaufbau überläßt man selbstlos anderen Leuten, denn dazu haben sich Sozialismus und Kommunismus als gänzlich unfähig erwiesen. Mit doktrinärem Schematismus kommt man auf wirtschaftlichen Gebieten noch weit weniger zurecht wie auf dem politischen.

Auch wir christlich organisierten Arbeiter kennen die Fehler und Schäden der privatkapitalistischen Wirtschaft von heute. Wir leiden zu schwer darunter, als daß wir nicht alle Anstrengungen zu ihrer Beseitigung machen sollten. Wir bekämpfen vor allem den mammonistischen Geist des kapitalistischen Gewinnstrebens, jenes Prinzip des schnellen und mühelosen Reichwerdens ohne Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit. Eine Wirtschaftsweise, in der der Arbeiter weniger geachtet und vielfach schlechter behandelt wird wie Maschine, Rohstoff und Fabrikat, kann nicht als gut bezeichnet werden. Eine Wirtschaft, in der man wirkliche Künstler und Schriftsteller am Hungertuche nagen läßt, während man Schund und Schmutz in Wort und Bild des besseren Geldverdienens wegen pflegt und in Massen auf den Markt wirft, als gottgewollt bezeichnet, ist die ärgste Gotteslästerung, die sich denken läßt. Wir sind als Christen und Arbeiter verpflichtet, diesen kapitalistischen Geist und diese Unwirtschaft zu bekämpfen, die Millionen von uns heimatlos und rechtlos macht, unsere Arbeit entseelt, die Berufsfreude ertötet und damit vielen den Lebensinhalt und die Daseinsfreude geraubt hat.

Wir können und wollen als christliche Arbeiter keine doppelte oder dreifache Moral anerkennen. Es gibt nur ein christliches Sittengesetz, das nicht nur im Privatleben, sondern auch im Wirtschaftsleben und auch in der Politik Geltung haben muß. Das Vorenthalten eines angemessenen Lohnes oder die Ausbeutung der Verbrauchenden durch übertriebene Preise sind m. E. ebenso schwere Verstöße gegen das 7. Gebot, als wenn jemand einem Reichen Geld stiehlt.

Die Ueberwindung der falschen Wirtschaftsgeinnung und Wirtschaftsweise kann und wird niemals durch die Sozialdemokratie oder den Kommunismus erfolgen. Ihre Ideen und Lehren atmen denselben materialistischen Geist wie der Kapitalismus. Und heute gilt immer noch das Heilandswort, daß man den Teufel nicht durch Belzebul austreiben kann.

Nur die Anwendung der christlichen Sittengesetze auch im Wirtschaftsleben führt die von uns erstrebte Gemeinwirtschaft herbei. Sie ist jedoch nur zu erreichen durch opferfreudige positive Mitarbeit in der Wirtschaft. Nur wenn wir die Wirtschaft mit leiten können und Mitbesitzer des Kapitals sind, werden wir unseren Einfluß voll zur Geltung bringen können. Deshalb münzen wir den oftgehörten sozialistischen Schlagtruf „Nieder mit dem Kapital und der kapitalistischen Wirtschaft“ um in die Forderung „Her mit dem Kapital und der Wirtschaft“.

Wie schon erwähnt, erstreben wir

### 1. Die Mitleitung der Wirtschaft.

Der Artikel 165 der Reichsverfassung legt fest, daß die Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt mitwirken sollen an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte. Was nützt uns der schöne Artikel, wenn man die Instrumente nicht schafft, durch die eine solche gleichberechtigte Mitwirkung nur möglich ist?

Wir haben wohl Betriebsräte, die jedoch auf diesem Gebiete nichts Erprobliches leisten können, weil die Leitungen der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände jedes positive Zusammenarbeiten mit den Betriebsräten verbieten und die falsche sozialistisch-kommunistische Einstellung vieler Betriebsräte ein positives Arbeiten im Sinne der Wirtschaftsentwicklung als Todsünde gegen das Klassenkampfsprinzip erscheinen läßt. Hier muß uns unermüdbliche Aufklärungs- und Schulungsarbeit vorwärtsbringen.

Wir haben auch einen vorläufigen Reichswirtschaftsrat, der jedoch wegen der Ebbe im Säckel nicht mehr zusammenberufen wird.

Als Arbeiter müssen wir immer wieder von Regierung und Reichstag fordern, daß die in der Verfassung vorgesehenen Instrumente, Reichs- und Bezirks-wirtschafts- und Arbeiterräte, geschaffen werden. Uns Arbeitern mangelt zur Zeit noch jedes Organ der öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung, wie es alle übrigen Ständegruppen in ihren Kammern haben. Wollen wir die Wirtschaft mitleiten, dann müssen wir sie gründlich durchleuchten und studieren können, um sie kennen zu lernen.

Wir erheben ferner wieder unsere alte Forderung auf Bildung paritätisch zusammengesetzter Selbstbewirtschaftungskörper, wo die Fragen der Rohstoffversorgung, der Zölle und Handelsverträge, der Steuern, Frachten, der Preisgestaltung usw. verhandelt werden. Die früheren Reichswirtschaftsstellen, denen ein Teil dieser Aufgabengebiete oblag, sind aufgelöst worden, als auf unser nachhaltiges Drängen endlich die paritätische Zusammenfassung erreicht war. Mit dem Augenblick waren sie den Unternehmern nicht mehr genehm, und den Einwirkungen dieser einflussreichen Kreise hat das Reichswirtschaftsministerium nachgegeben. Wir erheben diese Forderung um so dringlicher, als die Arbeitgeber die Behandlung wirtschaftlicher Fragen in den Arbeitsgemeinschaften verhindern und die Ergänzung der Arbeitsgemeinschaften durch die Kurzsichtigkeit der sozialistischen Gewerkschaften überhaupt gefährdet ist. Doktrinärer Sozialismus und rein vom Unternehmeregottismus und von Herrschsucht geleitete privatkapitalistische Denkweise bilden auch hier die Hemmschube bei dem Streben einsichtiger Arbeiterkreise auf Erringung der Gleichberechtigung. Es muß unsere Aufgabe sein, eine umfassende Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft zu leisten, um ihr klar zu machen, daß Sozialismus und Kommunismus niemals ein besseres Zeitalter herbeiführen können.

Mit der Schaffung von Betriebs- und Wirtschafts-räten, Selbstbewirtschaftungskörpern und Arbeitsgemeinschaften ist jedoch praktisch noch nichts erreicht. Schulung, Schulung und nochmals Schulung der Arbeiterschaft im allgemeinen und ganz besonders der Vertreter in diesem Wirtschaftskörper ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gewerkschaften, weil nur genügend vorgeschulte und befähigte Arbeitervertreter in der Lage sind, den Unternehmern gegenüber das Allgemeininteresse wahrzunehmen.

### 2. Die Mitbeteiligung am Besitz der Wirtschaft

Hier rühren wir an das Kernproblem der sozialen Frage: Ausgleich des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Je mehr sich das Kapital in den Händen weniger zusammenballt und den Einfluß dieser Kapital- und Wirtschaftsmagnaten auf allen Gebieten steigert, um so größer wird auf der anderen Seite das Heer der Besitzlosen, Abhängigen, Entrechteten. Mit der Gewährung der politischen Gleichberechtigung an die Arbeiter und auch auf dem Gebiete des Lohnwesens ist diese unerträgliche Spannung nicht zu lösen. Sie muß aber gelöst werden, wenn nicht durch fortgesetzte Explosionen und Kämpfe die Wirtschaft zertrümmert und unsere ganze Kultur vernichtet werden soll.

Die wirtschaftliche Entrechtung drückt täglich und drückt sehr viel schwerer als die politische. Die Erringung und der Besitz der politischen Gleichberechtigung hat uns

die wirtschaftliche Abhängigkeit sehr viel klarer vor Augen gestellt, hat uns erst gezeigt, welchen gewaltigen Einfluß die Wirtschaftsmächtigen auf allen Gebieten ausüben. Denken wir an den gewaltigen Einfluß des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf Regierung und Parlamente.

Die straffere Zusammenfassung der Unternehmungen, die fortschreitende Konzentration auf horizontaler und vertikaler Grundlage hat auch in der Textilindustrie gewaltige Fortschritte gemacht. In der Wolllindustrie haben wir z. B. schon einen starken Konzern, der Spinnerei, Weberei, Ausrüstung und Konfektion zusammenfaßt und sich bis zum Einzelverkauf weiter entwickelt. Fast alle bedeutenden Ausrüstungsanstalten sind irgend einem Konzern angegliedert. Auf diesem Wege bekommt der Konzern leicht die Industrie in die Hand, weil für die Errichtung eigener Ausrüstungsanstalten kaum noch eine Firma die notwendigen Mittel hat. So ballt sich der Besitz und die Macht in verhältnismäßig kurzer Zeit in wenigen Händen zusammen. Dieser wirtschaftliche Absolutismus ist nicht tragbar.

Sozialismus und Kommunismus wollen ihn beseitigen durch Enteignung und durch Gesetz herbeigeführte Uebertragung der Produktionsmittel an die Gemeinschaft. Was man damit erreicht, haben wir in Rußland gesehen. Solange der Gemeinschaftsgeist fehlt, solange die fähigen Köpfe nicht vorhanden sind, die die Wirtschaft leiten, führt die Sozialisierung nur zu einer Zerstückelung der Wirtschaft, die unter ihren Trümmern die Arbeiterschaft begräbt. Es ist heute in der Sozialdemokratie sehr still geworden in der Sozialisierungsfrage. Man magt kaum noch von Sozialisierung zu reden oder zu schreiben. Wo sind die Pläne aller Sozialisierungskommissionen geblieben, die man von Partei, Gewerkschaft, Reichstag usw. beraten und ausgearbeitet hatte? Die Sozialdemokratie hat einsehen müssen, daß die Sozialisierung der Köpfe, das Vorhandensein des Gemeinschaftsgeistes Voraussetzung ist für die Herbeiführung einer Gemeinwirtschaft.

Die Umstellung der Wirtschaft läßt sich nur schrittweise herbeiführen, und mit drakonischen Maßnahmen erzielt man auf diesem Gebiete überhaupt keine Fortschritte. Die Wirtschaft ist dem Gesetz des Wachstums genau so unterworfen wie alles andere. Dieses Wachstum kann und muß jedoch gefördert werden, und zwar in erster Linie von den an der Produktion zunächst Beteiligten: das sind die Arbeiter. Und wir als ärztliche Gewerkschaften haben uns mit diesem Problem schon längst beschäftigt, ohne jedoch das Problem der Mitbeteiligung am Kapital genügend zu erforschen, klare Richtlinien aufzustellen und der Arbeiterschaft Ziele und Wege in plastischer Deutlichkeit vor Augen zu stellen. Die Sozialdemokratie und der Kommunismus konnten nur deshalb die Massen für sich gewinnen, weil sie ein so klares, einleuchtendes System aufgestellt hatten. Wir werden die Masse nicht gewinnen, indem wir nur das Falsche dieses Systems herausstellen und die Sozialdemokratie bekämpfen. Wir müssen in Zukunft auch auf diesem Gebiete weit positiver sein als bisher.

Da in der Wirtschaft Macht nur durch Besitz zu erreichen ist, muß die Arbeiterschaft unbedingt mit in den Besitz des Kapitals zu gelangen suchen. Ueber das Wie gehen die Meinungen in unserem Lager noch stark auseinander. Der Wege gibt's verschiedene. Es läßt sich jedoch auf den verschiedensten Wegen zum Ziele kommen. Wir müssen endlich diese Wege energisch beschreiten.

### Zur gegenwärtigen Krise in der deutschen Textilindustrie.

Die Textilindustrie ist einem Umsturz in der Konjunktur stets in besonders starkem Maße ausgesetzt. Sie wird auch von der gegenwärtigen Krise mit am fühlbarsten betroffen. Nach den Kreditbeschränkungen der Reichsbank hat auch in der Textilindustrie der flotte Geschäftsgang ganz erheblich nachgelassen. Die Inlands-konjunktur flaute ziemlich unvermittelt stark ab. Ein Stillstand der Wirtschaft ist auf dem Textilmarkt allgemein eingetreten. Zwar haben die Fabriken meist noch genügend Aufträge, aber neue Bestellungen gehen fast garnicht mehr ein.

Die Zahlungseinstellungen gerade im Textilerwerb sind in der letzten Zeit besonders häufig geworden. Das vermehrte die Unsicherheit, für die hergestellten Waren den entsprechenden Gegenwert hereinzubekommen. Immer mehr häufen sich die Auftragsabstellungen durch die Abnehmer der Textilerzeugnisse. Soweit es sich um Kunden handelt, die nicht genügend leistungsfähig sind, werden die Abstellungen von Aufträgen meistens ohne weiteres angenommen, weil die Unternehmungen lieber auf die Ausführung eines Auftrages verzichten, als wie späterhin Verluste bei einer Zahlungseinstellung zu erleiden. Der Versand der Waren in den Fabriken erfolgt daher sehr vorsichtig, und es werden in erster Linie die

Kunden beliefert, die zahlungskräftig sind. Diese erhalten jetzt Ware weit über ihren Bedarf, zum großen Teil wird jetzt schon Ware geliefert, die erst im Herbst verkäuflich ist, für die aber sofort Bezahlung geleistet werden muß.

Die Betriebseinschränkungen, besonders in der wolleverarbeitenden Industrie, haben besonders in der letzten Zeit erheblich zugenommen. Viele Betriebe arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit, zum Teil sechs Stunden am Tage, teilweise auch nur drei bis vier Tage in der Woche. Die Baumwoll- und die Wirkwarenindustrie sind noch etwas besser beschäftigt. Im übrigen sind Fabrikationszweige, die in erster Linie von der Mode abhängig sind, von der allgemeinen Stockung besonders schwer betroffen.

Die gegenwärtige Krise in der Textilindustrie ist vor allem eine Kapitalkrise. Die Industrie kann garnicht oder nur unter ungeheurer erschwerter Bedingungen Kredite bekommen. Die Zinssätze für Leihgeld sind schon auf 7-8% im Monat und mehr angewachsen. Viele Firmen, deren Zahlungsfähigkeit außer Frage steht, können ihren Zahlungsverpflichtungen nur schleppend und ratenweise nachkommen. Infolge der geringen Selbsteingänge und der mangelnden Kreditgewährung können diese Firmen unmöglich ihre von der Textilindustrie erhaltenen Erzeugnisse sofort bezahlen.

Die Stockung ist heute allgemein. Eine Besserung der Lage ist für die allernächste Zeit noch nicht zu erwarten, da die Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung noch andauernd ungenügend ist und die Kreditwirtschaft, die vor dem Kriege einen der Grundpfeiler im Textilgewerbe bildete, völlig darniederliegt.

Die Ausfuhr an Textilernzeugnissen ist immer noch außerordentlich gering. Die Preise für deutsche Textilwaren überragen noch um ein ganz Bedeutendes die Preise für ausländische Textilernzeugnisse. Unseres Erachtens könnte die Ausfuhrfähigkeit erheblich gesteigert werden, wenn sich die deutsche Textilindustrie zu einer durchgreifenden Senkung der Warenpreise verstehen könnte. Bis jetzt ist der Preisabbau nicht an der Quelle der Produktion, bei der Industrie sondern nur beim Handel erfolgt. Um wieder zu den nderen Verhältnissen in der deutschen Textilwirtschaft zu kommen, wird eine allgemeine Preisenkung, auch in der Industrie, auf die Dauer garnicht zu vermeiden sein.

### Fürsorge für die Erwerbslosen.

Die Textilarbeiterverbände fordern Einführung der Kurzarbeiterunterstützung und Bildung der Gefahrengemeinschaften.

Wie bereits in der vorigen Nummer unserer Verbandszeitung mitgeteilt wurde, hat unsere Verbandsleitung bei den maßgeblichen Regierungsstellen — Reichsarbeitsministerium und preussisches Volkswohlfahrtsministerium — die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung und die Bildung großer Gefahrengemeinschaften beantragt. Um das, was in den Eingaben gefordert wird, eingehend zu begründen und um den Regierungsstellen das dringliche der Lage der erwerbslosen Textilarbeiter vor Augen zu führen, hat sich bereits am Dienstag, den 8. Juli eine Vertretung des Hauptvorstandes nach Berlin begeben. Unsere Kollegen haben in den zuständigen Berliner Ministerien mit allem Nachdruck die Forderungen des Verbandes in bezug auf

durchgreifende Fürsorgemaßnahmen — vor allem auch für die Kurzarbeiter — vertreten können.

Unsere Vertretung kam noch so zeitig in Berlin an, daß sie auch auf einflußreiche Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses des deutschen Reichstages einwirken konnte. Dieser Ausschuss hat denn auch zufolge der neuesten Zeitungs-meldungen beschlossen, daß die Höchstätze sofort so gestaltet werden, daß die Hauptunterstützungen um 20 bis 25 Prozent und die Familienzuschläge um 100 Prozent erhöht werden sollen. Ferner soll die Reichsregierung ersucht werden, die Spanne in den Unterstützungssätzen zwischen weiblichen und männlichen Erwerbslosen aufzuheben. Ferner soll künftighin Personen vom 17. Lebensjahre an die Erwerbslosenunterstützung gewährt werden. Jetzt war die unterste Grenze das 18. Lebensjahr. Endlich wurde beschlossen, daß die bisherige Bestimmung, wonach als Krankengeld nur die Hälfte der Unterstützungssätze gezahlt wurde, dahin umgewandelt, daß der vollständige Satz der Erwerbslosenfürsorge als Krankengeld gewährt wird.

Es ist ganz sicher, daß dieses günstige Ergebnis der Verhandlungen im Sozialpolitischen Ausschuss des deutschen Reichstages auch mit einte Folge der Anstrengungen der Mitglieder unseres Zentralvorstandes ist, die mehrere Tage hindurch nicht nur allein auf die Regierungsstellen, sondern auch auf alle übrigen in Frage kommenden Instanzen im Sinne der Forderungen unseres Verbandes eingewirkt haben. Leider ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden, daß die Regierung gewillt und bereit ist, die Kurzarbeiterunterstützung wieder einzuführen. So wie aber die Beschäftigungslage sich zur Zeit in der Textilindustrie zuspitzt hat, wird die Regierung garnicht umhin können, diesem berechtigten Verlangen weiter Volkskreise entgegenzukommen. Unsere deutschen Textilarbeiterverbände werden nicht eher ruhen, als bis diese Forderung erfüllt ist. Die Einwendung von Regierungsstellen, daß früher die Kurzarbeiterunterstützung vielfach Mißbräuche im Gefolge hatte, können sie nicht gelten lassen. Es ist halt die Aufgabe der Regierung, durch ihre Kontrollorgane schärfstens darüber wachen zu lassen, daß die Kurzarbeiterunterstützung nicht wiederum dazu mißbraucht wird, gewissenlosen Elementen Gelder zuzuflecken zu lassen, die sowohl vom Reich, wie vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebraut wurden.

Weiter untenstehend veröffentlichen wir den Wortlaut einer gemeinsamen Eingabe der drei Textilarbeiterverbände an die deutsche Reichsregierung. Des weiteren werden unsere Bezirksleitungen an die zuständigen Landesregierungen, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten usw. Eingaben richten, damit auch von dort aus auf die Reichsregierung eingewirkt wird und auch von den Landesregierungen aus die Kurzarbeiterunterstützung zur Einführung gelangt.

Die Eingabe der Textilarbeiterverbände an die Reichsregierung lautet wie folgt:

Berlin, den 10. Juli 1924.

Deutscher Textilarbeiterverband  
Zentralverband christlicher Textilarbeiter.  
Gewerksverein deutscher Textilarbeiter (S. V.).

Einschreiben.

An die Reichsregierung

z. Hd. des Herrn Reichskanzlers Dr. Marx.

Berlin.

Betr.: Einführung der Kurzarbeiterunterstützung und Durchführung der Gefahrengemeinschaften.

Die unterzeichneten Verbandsleitungen richten hiermit das dringende Ersuchen an die Reichsregierung, die Unter-

stützung für Kurzarbeiter wieder einzuführen. Und zwar aus folgenden Gründen:

In den letzten Wochen hat sich besonders in der Textilindustrie die Beschäftigungslage außerordentlich verschlechtert. Sehr viele Betriebe haben erhebliche Arbeitszeitbeschränkungen vorgenommen. Die Zahl der Erwerbslosen ist stark gestiegen, viel größer jedoch ist die Zahl der Kurzarbeiter. In den meisten Betrieben werden in jeder Woche nur noch einige Tage gearbeitet, oder die Betriebseinschränkung erfolgt in der Weise, daß man eine Woche um die andere arbeiten läßt. Die Einkommensverhältnisse für die beschränkt Beschäftigten, vor allem aber für die Familienernährer, sind so ungünstig, daß die Familien in die allerdrückendste Notlage geraten. Da die Kurzarbeit zum Teil schon seit einigen Monaten anhält und sich fortgesetzt verstärkt, ist schnellste Hilfe dringend geboten. Daher geben wir der Erwartung Ausdruck, daß eine ausreichende Kurzarbeiterunterstützung schnellstens zur Durchführung gelangt.

In welchem Umfange die Kurzarbeit in der Textilindustrie zugenommen hat, beweisen folgende Zahlen, die sich aus der Kurzarbeiterzählung des Deutschen Textilarbeiterverbandes für die Monate Mai/Juni ergeben.

Im Mai waren von den von der Zählung erfaßten 376 476 Mitgliedern 21 320 = 5,7 Prozent Kurzarbeiter, im Juni dagegen waren von den erfaßten 355 135 Mitgliedern 109 430 = 30,8 Prozent Kurzarbeiter. Das gleiche Verhältnis zwischen Mitgliedern und Kurzarbeitern ist auch in den anderen Verbänden festgestellt worden. Für die Gesamtindustrie ergibt sich dasselbe Bild, sodaß die Anzahl der kurzarbeitenden Textilarbeiter zur Zeit 275 000 betragen dürfte. Inzwischen sind durch die bei den Verbandsleitungen einlaufenden Mitteilungen diese Zahlen schon wieder weit überholt worden. Bei der ständig fortschreitenden Verschlechterung des Beschäftigungsanges in der Textilindustrie ist damit zu rechnen, daß Ende Juli mindestens 70 Prozent aller in der Textilindustrie Beschäftigten verkürzt arbeiten werden.

Die Not in den Familien der kurzarbeitenden Textilarbeiter ist heute schon unbefriedigend. Meistens verdienen die Kurzarbeiter weniger, als im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit an Unterstützung gezahlt wird. Zum Beweise führen wir einige typische Fälle aus M.-Glabbeek an.

1. Der Durchschnittslohn eines Zuglenwebers beträgt 51 Pfg. pro Stunde, unter Hinzurechnung von je 1 Pfg. für die nichterwerbstätige Frau und zwei Kinder unter 14 Jahren 54 Pfg. pro Stunde. Bei 16 stündiger Arbeitszeit verdient dieser Weber

Hiervon gehen ab Krankenkasse (Rl. 7)	1,18
Erwerbslosenbeitrag	0,44
Invalidenversicherung	0,40
Steuer	—
<b>2,02</b>	

Ausgezahlter Lohn für eine Woche Mk. 6,62

Ein Hilfsarbeiter mit gleichem Familienstand erhält 45 Pfg. pro Stunde. In 16 Betriebsstunden ergibt das

Davon gehen ab: Krankenkasse (Rl. 5)	0,98
Erwerbslosenbeitrag	0,32
Invalidenversicherung	0,30
Steuer	—
<b>1,60</b>	

Ausgezahlter Lohn für eine Woche Mk. 5,60

Die Unterstützung im Falle völliger Erwerbslosigkeit beträgt für einen verheirateten Mann mit zwei Kindern Mk. 8,94, sodaß der tatsächlich erzielte Verdienst im ersten Beispiel um 2,32 Mk., im zweiten um 3,34 Mk. hinter dem Betrag der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt.

Der Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung seitens der Länder fehlt die notwendige Zustimmung der Reichsregierung. Daher richten wir das dringende Ersuchen an die deutsche Reichsregierung, den Ländern nicht nur die

### Die alten Wege.

Von Verbandskollegin Maria Hahn-Barmen.

Paul Baumfeld war entschieden schlechter Laune. Zu dem auch, nun schon seit vierzehn Tagen wegen so einer eidenen Zellgemeinheitsänderung am Finger feiern zu müssen.

Es war nur ein kleiner Ring gewesen. Aber beim Arbeiten am Handstuhl an den bunzweidigen Fäden mußte wohl irgend ein Giftstoff in die Schrunde gekommen sein. Und nun bohrt und klopft es darin, und die Entzündung fraß sich tief hinein ins Nagelbett des Fingers.

„Wenn nur die infame Langeweile nicht wäre“, brummte Baumfeld. Iramie in alten Zeitungen und Zeitschriften und schob alles mühsam beiseite. Und als er beim Pfeifenanzünden gar noch den wehen Finger stieß, klang das, was er dazu sagte nicht gerade wie ein frommer Spruch.

Mürrisch sah er hinaus in den grauen Tag. Wie schwer das Leben war und wie eintönig, seit er seinen stattlichen Sohn im Kriege verloren hatte und ihm vor kaum einem Jahre auch die Frau sterben mußte. Er zersetzte und griff wieder zu den alten Blättern.

Diesmal schien ihn der Inhalt zu fesseln. Langsam glätete sich seine jorgemumwollte Stirn und bald war er ganz bei seiner Lektüre.

Und was las er? Es war eine alte Nummer seiner Verbandszeitung. Ein begeisterter Artikel hand dartin vom Werben für die gute Sache des Zusammenfassens, von Verbandsarbeit und Solidarität.

Und Baumfeld wurde das Herz warm dabei. Hatte er nicht auch mitgeraten damals in herzlich-brüderlichem Sinn, er und der Fritz Krüger?

Kein Weg war ihnen zu weit gewesen und keine Arbeit zu hoch, wenn es galt einen Kollegen zu gewinnen. Damals — und dann, ja, dann war der Krieg gekommen. — Und kein erschütterter Satz — Ag, nicht daran denken, auch an das Herze und Schwere nicht, was später kam. Es hatte zu sehr an ihn gezögert, und seine Begeisterungsfähigkeit war einst wie herab gekommen.

Er glaubte es wenigstens, aber die alte Verbandszeitung hatte ihn doch erheitert.

Wie es dem Fritz wohl gehen mochte, ob er noch in der Bergstraße wohnte?

Wenn er ihn einmal anschaute. Ueber sein eigenes Leid hatte er ihn ganz aus den Augen verloren.

Paul Baumfeld sah auf die Uhr. Für heute war's wohl zu spät, auch wegen der Krankheitskontrolle konnte er nicht fort. Aber morgen, da war Sonntag, da wollte er mal nach dem Fritz sehen.

„Vielleicht gehen wir mal wieder werden, wie einst“, sagte er lächelnd eine Stunde später zu der Mine, seiner ältesten Tochter, als diese von der Arbeit heimkam.

Aber die Mine glaubte nicht recht daran. „Ach Vater, dem Verband bist du doch recht fremd geworden“, meinte sie

Baumfeld antwortete nicht, er dachte an das heute Gesehene und an Fritz Krüger.

Der aber wohnte nicht mehr in der Bergstraße. Unschlüssig stand der Besucher am andern Tag vor der Zimmertüre im Hause, wo einst der Freund gewohnt hatte. Ein fremder Mann stand dort, und die Frauenstimme, die „Herein“ rief, war nicht die Frau Krügers. Ein aufgeregter, heftiger Klang war darin, als sie den Frager besah: die Krügers wohnten jetzt draußen in der Siedlung. Dann hielt sie überrascht in ihrer Arbeit, — sie flikte an einer zerrissenen Knabenhose, — inne und fuhr fort: „Sind Sie nicht der Baumfeld?“

Der sah zweifelnd in das blaße, erregte Frauengesicht. „Ja“, sagte er und zögernd fügte er bei: „Und Sie sind Emma?“

Ein nervöses Lachen antwortete ihm. „Die Emma, sicher bin ich die. Aber eine andere wie einst nicht wahr, die war lustig und lebensfroh und hübsch. Und jetzt bin ich früh alt geworden und bitter und gallig. Das macht das Leben, Baumfeld, das schöne bunte Leben, von dem ich bei meinen Spulen damals träumte.“

„Wie geht es denn?“ fragte teilnehmend der Besucher. „Gut, das sehen Sie doch“, war die Entgegnung. Und wieder zuckte es wie Hohn um die schmalen Lippen.

„Eben se're ich Sonntag, bei Bajschkabel und Näh-nadel, denn die Woche über muß ich Brot schäffeln für mich und die drei da.“ Dabei wies sie auf drei kleine Jungen, die sich jenseit in eine Ecke des Zimmers drückten.

„Und Ihr Mann, ist er tot?“ fragte Baumfeld. Sie zuckte die Achsel. „Fort ist er, wer weiß wohin.“

„Eine Weile war es still zwischen den einstigen Arbeits-gesährten, dann brach es in erneuter Bitterkeit von den Frauenlippen. „Wie ein Heiß ist er mir vorgekommen damals in meinen Mädchenjahren. Und wenn ich schlechte Spulen machte für den Handstuhl, so war es, weil meine Gedanken bei ihm waren.“

„Ist's der Erwin gewesen“, fragte Baumfeld. Sie nickte und er fuhr fort: „Emma, wissen Sie noch, als Sie sich vom christlichen Verbande loszogen, was ich Ihnen da sagte?“

„Trösig fuhr sie auf: „Es geschah meines Verlobten wegen, ich mußte demselben Verbaade angehören wie er.“

Paul Baumfeld hätte ihr vieles sagen können, jetzt in dieser Wiedersehensstunde, aber ihn dankete das arme gequälte Weib, das hastig die unterbrochene Arbeit wieder aufnahm.

„Ich muß schaffeln, schaffen, kaufen sie. Die Kinder zerrissen jweil. Sonst, beim Aufstundentag ging es besser, jetzt müßten die Sonn- und Nachte herhalten. Ein Leben in das nicht mehr, ich wollte, ich wäre tot.“

Baumfeld legte die verbundene Hand bemegt auf ihre Brust und sagte: „Sie sollten wieder der christlichen Gewerkschaft beitreten, Emma und dem Christenamt näher kommen.“ Er wird sorgen.“

Da lachte die unglückliche Frau laut auf, und es klang so erbittert und verzweifelt als sie rief:

„Ja, Christentum, ich will nicht und Gott — kenne ich nicht!“

Dann jank ihr Kopf auf die Tischplatte und sie weinte laut, leidenschaftlich und hoffnungslos.

Dies Weinen lag Baumfeld noch im Ohre, als er vor dem hübschen Häuschen der Siedlung stand, wo Krügers wohnten.

Ja, das war noch ganz des Fritz trautschönes Heim, nur hübscher noch und behaglicher. Und seine kleine freundliche Frau, die den Sonntagsgast herzlich bewillkommnete, hatte sich auch nicht viel verändert. Sie wies ihn in den kleinen Hausgarten, wo ihres Mannes weiße Hemd-ärmel aus der bunberankten Laube leuchteten.

Da gab es zwischen den beiden Männern ein freundschaftlich frohes Wiedersehen.

Dann wurden die Erlebnisse der letzten Jahre ausgetauscht. Paul Baumfeld tat es kurz und knapp, er stand noch zu sehr unter dem Eindruck des eben Erlebten. Und die Unterredung mit Emma, der früheren Mitarbeiterin, erzählte er dem Freunde ausführlich.

„Fritz, wir müssen wieder für unsere Verbandsarbeit“, schloß er. „Gestern ist mir der Gedanke gekommen, seit eben ist es mir Gewißheit geworden. Wir müssen wieder lebend werden für die fremde Not, christlich fühlen und wirken im christlichen Verband.“

Damit zog er das leichtangelegte Zeitungsblatt hervor und unterbreitete es dem Freunde.

Der las und las, und man sah es ihm an, daß auch ihm das Herz wieder warm wurde dabei.

Stumm sah Baumfeld dabei und sah hinaus in den Sonntagssrieden. Wie die bunztroten Kapuzinerkreuzblumen durchs Gitterwerk der Laube sahen und die grünen Pflanzen auf den Beeten aufwärts strebten, dem Lichte zu.

Dem Lichte zu! fangen die Sonntagsglocken unten im erwerbsfleißigen Tal. Und in den langen, langen Häuserzeilen rang so manche müde Menschenseele nach Sonne und Licht.

Kaudwischwärt ragten die Schote darüber.

„Türme und Schote!“ sagte Paul Baumfeld leise. Der Freund griff das Wort auf, legte die Zeitung hin und sagte:

„Sie sind das Wahrzeichen unserer Heimat, sie sollen auch das unserer Arbeit sein.“

„Ja, Paul, der Krieg hat viel lahmgelegt, auch in unsern Seelen. Unsere Kraft hat er zermürbt, stumpf sind wir geworden und selbstlich. Aber wir wollen wieder aufbauen, gelt.“

„Das soll ein Wort sein!“ begeisterte sich Baumfeld. Er war aufgestanden und stieß sich nun unversehens den verletzten Finger.

Aber er achtete nicht darauf. „Und wann gehen wir wieder werden?“

„Heute schon“, antwortete der Freund.

Zustimmung zur Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung zu geben, sondern die Landesregierungen direkt anzuweisen, daß angelehnt der großen sozialen und wirtschaftlichen Notlage, in der die kurzarbeitende Bevölkerung sich befindet, die Kurzarbeiterunterstützung umgehend einzuführen ist. Mangel an Mitteln darf u. E. diesem unserer nur all zu berechtigten Verlangen gegenüber nicht geltend gemacht werden. Wenn es gilt, die Not weiter Volkskreise zu lindern, dürfen Bedenken irgendwelcher Art nicht im Wege stehen.

Gleichzeitig gestatten wir uns, der Reichsregierung unsere Ansicht über die beabsichtigte Bildung von Gefahrengemeinschaften in der Arbeitslosenversicherung zu unterbreiten. Wir würden es für richtig halten, wenn das ganze Reichsgebiet zu einer Gefahrengemeinschaft zusammengefaßt werden könnte. Ist diese nicht schnell genug durchzuführen, so würde es sich empfehlen, daß jedes Land eine Gefahrengemeinschaft bildet. Eine weitere Dezentralisation dürfte sich für viele Versicherte als schädlich erweisen.

In der Erwartung, daß die Reichsregierung unserem Ersuchen stattgibt und die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung unverzüglich durchführt, zeichnen wir mit vorzüglicher Hochachtung!

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes.  
Der Vorstand des Verbandes christl. Textilarbeiter.  
Der Vorstand des Gewerkschafts deutscher Textilarbeiter (S. D.)

i. A.: gez. Schulze.

### Soziale Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

Die sozialen Nöte der Zeit, die Zersetzung der menschlichen Gesellschaft, die Unterdrückung der sittlichen Ordnung scheitern geradezu nach einer Besserung. Die Enzyklika „rerum novarum“ des Papstes Leo XIII. zeigte, daß nur in der Erneuerung des Christentums die Schäden der Zeit geheilt werden können. Von gleichen Gedanken ausgehend, hat der Deutsche Evangelische Kirchentag, die Gesamtvertretung aller evangelischen Landeskirchen, seine Mahnung und Forderung an das deutsche evangelische Volk gerichtet, deren Worte aber auch darüber hinaus zu hören, von großer Bedeutung sind.

Nach zwei grundlegenden Vorträgen über die sozialen Probleme der Gegenwart, allgemeiner Aussprache und eingehender Vorbereitung im „Sozialen Ausschuss“ erließ der Kirchentag eine Kundgebung, in der er einleitend heißt, daß Gottes gewaltige Hand schwer auf unserem Volke liegt. Rettung könne nur kommen, wenn unser Volk wieder Verständnis gewinnt für die von Gott geforderte christliche Ordnung. Die Erneuerung des Volkslebens müsse bei seiner Urzelle, der Familie, beginnen usw.

Zu Fragen des öffentlichen Lebens, in welchem viel unchristliches Wesen zu Tage tritt, übergehend, sagt dann die Kundgebung weiter:

„Wenig ist von dem Sinn und Geiste zu spüren, der in dem andern Menschen ein Gotteskind und einen Bruder sieht. Menschenverachtung gilt vielen als vornehm, Klammernhochmut als Standespflicht, Ausnutzung der Lage, unbekümmert um das Wohl und Wehe anderer, als Geschäftsmäßigkeit. Selbstsucht, die nur an den eigenen Vorteil denkt, als selbstverständlich. Seelische Verflachung und gegenseitige Verbitterung sind die unaussprechlichen Folgen. Gott fragt aber nicht, ob arm oder reich, vornehm oder niedrig, gelehrt oder ungelehrt. Erst der innere Wert oder Unwert macht den Unterschied aus, schon in der Zeit und erst recht in der Ewigkeit.“

Solcher Mangel an echt christlichem Geist und Brudersinn ist es auch, der zu der unheilvollen Vergiftung des Wirtschaftslebens und der sozialen Gegensätze geführt hat, welche unsere ganze Zukunft und Gestalt bedrohen.

Gewiß folgen die wirtschaftlichen Ordnungen auch eigenen Gesetzen, und den Kämpfen um ihre Ausgestaltung und Fortentwicklung kann und soll die Berechtigung nicht verweigert werden. Aber es kommt auf den Geist an, in dem diese Kämpfe geführt werden. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß alle Versuche, das wirtschaftliche Leben allein auf äußeren sozialen Forderungen und Maßnahmen aufzubauen, scheitern und nicht zum Frieden führen. Der Grund liegt zu Tage. Wahrschaf soziale Gesinnung stammt aus dem christlichen Glauben, mit dem die Ueberzeugung von dem unvergleichlichen Wert der Menschenseele, die Pflicht zur Brüderlichkeit und zum opferwilligen Dienen, das Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und als oberstes Ziel das Reich Gottes gegeben ist. Nur auf christlichem Boden sind die sozialen Forderungen vernünftig und ist ihre Verwirklichung möglich. Gewiß steht die Verwirklichung eine feste wirtschaftliche Ordnung voraus, aber diese Ordnung kann nur dann soziale Gerechtigkeit bringen, wenn sie beachtet, daß der Mensch unendlich wichtiger ist, als alle Sachwerte.

Von hier aus kann unser Volk wieder die rechte Stellung zu Besitz, zu Arbeit und Beruf und zu dem Wirtschaftsleben gewinnen. Eigentum, wenn ehrlich erworben, ist nicht Diebstahl, aber es ist für den Christen keine Sache, mit der er beliebig schalten und walten darf, sondern ein anvertrautes Gut, über das er Gott Rechenschaft zu geben hat, und das eine Quelle des Segens nicht nur für den Besitzer, sondern auch für seine Mitmenschen sein soll. Die Arbeit ist nicht einfach eine Ware, die man kauft und verkauft, sondern pflichtmäßiger Dienst am Volksganzen und bei aller Mühseligkeit das gottgewollte Mittel, sein ehrlich Brot zu erwerben, sich in Treue und Selbstüberwindung zu bewähren und im Bewußtsein der Bedeutung seiner Arbeit für das Wohl der Gesamtheit innere Befriedigung zu gewinnen. Darum hat jede Arbeit auch ein Recht auf Anerkennung und darf nicht zum Frondienst herabgewürdigt werden. Es müssen Kraft und Zeit zur Pflege des seelischen Lebens übrig bleiben.

Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehen wir mit ernster Sorge wieder Kämpfe entbrennen, derart, daß sie die Volksgemeinschaft, die gegenwärtig doppelt nottut, zu zerreißen und Deutschlands Gesundheit und Aufstieg zu vereiteln drohen. Die zu gemeinsamer Arbeit Berufenen und aufeinander Angewiesenen stehen sich vielfach fremd oder gar feindlich gegenüber: Ueberhebung und Machtbewußtsein, Neid und Mißgunst, hüben und drüben Verständnislosigkeit und Bitterkeit. Die letzte Quelle dieses Unheils ist auch hier der materialistische Geist, der das Leben nach Geldverdiensten und Genuß einrichtet, die Einzelnen und Klassen selbst sucht unheimlich groß werden läßt und nicht selten sogar das Gewissen des Einzelnen unter den Willen der Masse oder einer Vereinigung knechtet. Solange dieser Geist herrscht, kann nicht Frieden werden. Friede kommt nur aus der christlichen Einschätzung des Lebens und wirklicher Brüderlichkeit.

Wir haben volles Verständnis für die äußere und innere Not der Arbeiterschaft, die Vieles zerrinnen sieht, was sie geglaubt und erhofft hat, und nun auch von Arbeitslosigkeit und drückenden Sorgen bedroht ist. Sie kann sich jedoch dem nicht verschließen, was die schwere wirtschaftliche Lage von allen Volksgenossen zwingend fordert. Sie darf die Mitverantwortung für das Volksganze, dem sie als wichtiges, gleichberechtigtes Glied angehört, nicht vergessen. Aber auch von falschen Schlagworten sollte sie sich endlich freimachen wie denen, daß das Christentum eine Partei- oder Klassenfrage sei, daß es den geistigen, sittlichen und sozialen Aufstieg hindere und daß die Wissenschaft den Glauben unmöglich gemacht habe. Gottesglaube und Christentum sind für die Arbeiterschaft genau so unentbehrlich wie für alle anderen.

Den Arbeitgebern aller Art legt die größere wirtschaftliche Macht, die sie in Händen haben, um so größere Verantwortung auf. Ist auch ihre Lage vielfach unter den obwaltenden Verhältnissen schwierig, so ist es doch eine zwingende sittliche Pflicht für sie, sich vor einer Ausnutzung ihrer Macht vor wirtschaftlich Schwächeren zu hüten, vielmehr bis an die Grenze der Möglichkeit Opfer zu bringen, um nicht ohne Not Arbeiter brotlos werden zu lassen, um nicht unnötig die Arbeitszeit herauszufehen oder den Lohn herabzudrücken. Die Arbeiter sind nicht eine Masse, die nur abgeloht zu werden braucht, sondern gleichzeitige Volksgenossen, die um ihre soziale Gleichberechtigung ringen und ein Recht auf Anerkennung, Verständnis und Würdigung ihrer Lage und auf Berücksichtigung ihrer materiellen und seelischen Bedürfnisse haben und denen auch die Freiheit zu gewerkschaftlichem Zusammenschluß nicht unterbunden werden darf.

Aber nicht nur das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern macht uns andauernd Sorge. Wir sehen in der Vermorrenheit unserer Lage viel irrende Gewissen. Die mancherlei Interessenverbände, von denen unser Volk bis in den letzten Winkel durchorganisiert ist, wehren dem Egoismus des Einzelnen, tragen aber die Gefahr in sich, einen Gruppenegoismus zu erzeugen, der dem Ganzen schädlich ist. Die Lasten, die wir tragen müssen, sollen wir nicht auf die Schultern des Nächsten laden, sondern „Einer trage des Andern Last!“

Zum Schluß heißt es in der Kundgebung, daß das Gesagte nur ein Umriß dessen sei, was der Kirchentag wolle, und daß in der jetzigen Stunde der Entscheidung es jedermanns Pflicht sei, mitzuhelfen, daß das Geforderte seine Verwirklichung finde.

Diese Kundgebung wird ein Markstein für die evangelisch-soziale Bewegung Deutschlands sein, von deren fortschreitender Entwicklung auch für die christlich-nationale Arbeiterbewegung gute Wirkungen zu erhoffen sind.

K. D u d e n, Duisburg.

### Christentum und soziale Not.

In dem Abwehrkampf gegen Unternehmerwillkür und Unternehmerrmacht sind der christlichen Arbeiterschaft willkommene Helfer erstanden. Zuerst griffen die evangelischen Pfarrer des Bergischen Landes mit einer öffentlichen Kundgebung, die sich als eine ernste Gewissensschärfung an die Adresse der christlichen Arbeitgeber darstellte, ein. Nicht Terror von unten, aber auch nicht Herrenmenschtum von oben, sondern christliche Liebe sei das Gebot der Stunde. Auch das wirtschaftliche Leben gedeihe am besten, wenn es sich nach den Gesetzen der Bergpredigt richte.

In diesen Sätzen knüpft das in Essen erscheinende katholische „Kirchenblatt“ in höchst bemerkenswerter Weise an. Es schreibt u. a.:

„Alle wahren Christen sollten zusammenstehen gegen jeden Versuch, das heutige Elend auch nur um einen Tag zu verlängern. Niemand darf darüber im Zweifel sein, daß wir die künstliche Verlängerung der Arbeitslosigkeit für ein großes Verbrechen, besonders an der Jugend, halten. Der schlechte Deutsche sträubt sich gegen den Gedanken, daß sich Deutsche und Christen an diesem Verbrechen beteiligen könnten. Und doch haben wir es erleben müssen, daß deutsche Bankfirmen es versucht haben, mit verbrecherischer Hand die verderbliche Inflationslawine wieder ins Rollen zu bringen. Warum? Um des eigenen schnöden Vorteils willen.“

Es täuschen sich alle, welche glauben, daß die Kirche mit einem anderen Maße messe, falls es sich um vornehme oder mächtige Sünder handele. Die Bedrückung der Armen, Witwen und Waisen, die ungerechte Entziehung der Arbeit oder des Arbeitslohnes ist auch heute noch in den Augen der Kirche eine himmelschreiende Sünde, und wenn die Kirche nicht ausdrücklich erklärt, daß solche, die sich dieser Sünde schuldig machen und sie nicht fühlen, von der Losprechung und von der eucharistischen Gemeinschaft sich ausschließen, so doch nur deshalb, weil es eben selbstverständlich und jedem katholischen Christen bekannt ist. „Wer nicht liebt, der bleibt im Tode. Jeder, der seinen Bruder hasst, ist ein Menschenmörder.“ (1. Joh. 3, 15.) Gewiß ist eine solche Verfehlung nicht so leicht festzustellen, wie die Zugehörigkeit zu einer „freien“ Gewerkschaft (die von den Bischöfen ausdrücklich verboten wurde. D. Red.) Wirtschaftliche Maßnahmen sind selbst für den Eingeweihten oft nicht durchsichtig genug, um sie moralisch zu beurteilen. Aber jedem Katholiken wird es ja auch immer wieder gesagt, daß nicht das Gericht der Menschen maßgebend ist, sondern das Gericht Gottes, und daß es nichts ausre, wenn man äußerlich ein Mitglied der Gemeinschaft sei, innerlich aber Gott gestorben sei. Was könnte die Kirche mehr tun, um das Unrecht auch in seine verborgenen Schlupfwinkel zu verfolgen und auch den Schläuen und Unverschämten von sich abzuschütteln? Wo aber das Vergnügen offenbar zutage liegt und sich jemand, sei er Arbeiter oder Arbeitgeber, öffentlich und hartnäckig des christlichen Namens unwürdig erzeigt, da sollten wir auch nicht zögern, die ganze Strenge der kirchlichen Disziplin gegen ihn in Anwendung zu bringen. Wir haben kein Interesse daran, das Ansehen unserer Kirche durch solche Gemeindeglieder schänden zu lassen.“

Mit der gleichen erfreulichen Deutlichkeit hat sich kürzlich ein anderer hoher katholischer Führer, der hochw. Herr Bischof von Hildesheim, zu den sozialen Zeitfragen geäußert. In einer Veranstaltung der katholischen Arbeitervereine nahm er wie folgt das Wort:

„Ich will nicht eingehen auf so manche Erscheinungen, die zu ersten Bedenken Anlaß geben, denn diese Bedenken liegen nicht auf ihrer Seite, sondern auf jener Seite, wo man oft so wenig Verständnis dafür hat, was der christliche Arbeiter verlangen muß, auf seinen einer in weiten Kreisen völlig entchristlichen Unternehmerrmacht, die kein Interesse für die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft besitzt. Und doch muß jeder bloße Zwang beiden Parteien schaden, und wenn wir es bedauern, daß in der Revolutionszeit von Seiten der sozialistischen Arbeiterschaft die Notlage des Volkes ausgenutzt wurde, so muß man noch mehr bedauern, daß es heute in umgekehrter Weise geschieht.“ Der bischöfliche Redner gab den Arbeitern den Rat, die Rechte ihres Standpunktes mit Entschiedenheit zu wahren.

Das sind goldene Worte, doppelt wohltuend empfunden in einer Zeit, die sich gegen den Arbeiter so lieblos gibt. Nachzuhelfen, daß die Wirklichkeit dem christlichen Ideal möglichst nahe kommt ist unser Ziel.

### Allgemeine Rundschau.

#### Gewerkschaften und Jugendvereine.

Der Verbandstag der katholischen Jugend und Jungmännervereine in Freiburg stimmte nachfolgenden Entschlüsse zu, die verdienen, besonders beachtet zu werden:

#### Zu Beruf und Arbeit der Jugendlichen.

In Erwägung der Tatsache, daß die unheilvolle Trennung zwischen Mensch, Arbeit und Beruf eine Hauptursache der sozialen Unruhe und der Radikalisierung der werktätigen Jugend ist, fordert der Verbandstag die Vereine auf, der planmäßigen Berufserziehung volle Aufmerksamkeit zu schenken. Die Mitglieder sollen für den Wert der gelehrten Berufe begeistert werden. Ganz allgemein müssen sich die Vereine um die wirtschaftlich-soziale Lage ihrer Mitglieder kümmern, um die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, der Tarifbestimmungen und der Lehrlingsverträge. Zu diesem Zwecke sind engere Beziehungen zu den katholischen Standesvereinen der Erwachsenen und zu den christlichen Gewerkschaften, sowohl in den Verbandsleitungen, als auch in den örtlichen Vereinen anzustreben.

#### Zum Schutz der jugendlichen Arbeiter.

Der Verbandstag erkennt an, daß die wirtschaftliche Notlage Deutschlands die höchste Anspannung der gesamten Arbeitskraft des Volkes erfordert. Er kann jedoch die Gefahren, die eine rückwärtsige Steigerung der Produktion für Leben und Gesundheit der Jugend mit sich bringt, nicht übersehen. Er stellt darum für die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre folgende Forderungen: Ausnahmebehandlung bei der Bemessung der Arbeitszeit. Verbot der Beschäftigung in gesundheitsschädlichen Betrieben. Verbot der Nachts- und Sonntagsarbeit. Gewährung eines angemessenen Urlaubs. Schutz der Lehrlinge vor Beanspruchung zur anderweitigen Arbeiten.

#### Eine Tagung der Handlungsgehilffinnen.

Der vor 35 Jahren gegründete Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, der mit 88 300 über das ganze deutsche Reich, sowie in den abgetrennten Gebietsteilen verbreiteten Mitgliedern die größte Organisation berufstätiger Frauen darstellt, hielt nach dreijähriger Pause seine diesjährige Hauptversammlung in Eisenach ab. Aus allen Gegenden Deutschlands, sowie aus Dänzig waren Hunderte von Standes- und Berufsgenossinnen herbeigeeilt, um an den wichtigen Beratungen teilzunehmen. Der vom Vorstande gegebene Bericht konnte feststellen, daß es dem Verband gelungen ist, trotz der schwierigen, durch die Inflation, den Personalabbau und andere Umstände bedingten Verhältnisse sich gut zu behaupten, womit der Beweis nicht nur der Lebensfähigkeit, sondern auch der Notwendigkeit der Frauenberufsorganisation erwiesen sei. Alle Einrichtungen des Verbandes wiesen eine gesunde Entwicklung auf. Der Stellennachweis konnte allein im letzten Jahre 9000 Aufträge erledigen ohne die Ausschleusstellungen. Ueber dreißigtausendmal wurde der Rechtschut in Anspruch genommen. Beträchtliche Summen sind für sachgemäße geregelte Arbeitslosenunterstützung aufgewandt worden, ebenso in kollegialer freier Liebestätigkeit für Hilfe an alte und kranke Mitglieder. Reich war die Bildungsarbeit des Verbandes. Gefesgebenden Körperchaften und Behörden wurden in reicher Zahl Wünsche für Gestaltung der Gefesgebung auf dem Gebiete des Berufsschul-, Fachschul-, sowie Lehrlingswesen vorgebracht, die zum Teil Berücksichtigung fanden. Eigene Kurse und Vortragsveranstaltungen sorgten unmittelbar für die Weiterbildung der Mitglieder, ebenso eine große Bücherei. In allen bedeutenden sozialpolitischen Fragen der letzten drei Jahre hat der Verband mitgemittelt. Der Jugend, für die eine eigene Abteilung geschaffen ist, widmete er starke Aufmerksamkeit. Vor und nach der Erledigung geschäftlicher Verhandlungen wurden Vorträge gehalten, die das Interesse weiter Kreise erregten. Die Thüringische Regierung, der Bund deutscher Frauenvereine, sowie befreundete Berufsvereine hatten Vertretungen entsandt, zum Teil mit Rücksicht auf die Vorträge. „Behandlung von der Vorsitzenden Katharina Müller“, „Frauenberuf und Frauenverband“, von Dr. Silbermann, „Berufsverband und Bildungsweifen“, von Agnes Mörke, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, „Wirtschaft und Sozialpolitik“. Die lebhafteste, eingehende Ausprache, die sich an die Vorträge angeschlossen und an der auch Gäste sich beteiligten, bewies, welchem Interesse die behandelten Fragen begegnet. Die Vorträge werden demnächst durch Druck der Öffentlichkeit übergeben werden.

#### Die soziale Not in Deutschland.

Die Verarmung der deutschen Bevölkerung und ihre Unterstützungsbedürftigkeit hat in den letzten Jahren dauernd zugenommen. Im April d. J. wurden folgende Personen aus öffentlichen Mitteln unterstützt:

- 785 000 Kriegsbeschädigte (mit erheblicher Minderung der Erwerbsfähigkeit);
- 553 000 Kriegswitwen mit
- 1 134 000 unterstützungsberechtigte Kinder;
- 58 000 Vollwaisen;
- 200 000 bedürftige Eltern gefallener Soldaten;
- 1 400 000 Invaliden- und Altersrentenempfänger;
- 523 000 Empfänger von Waisenrente;
- 1 000 000 Kleinrentner mit Angehörigen.

Nicht einbegriffen in diese Zahlen ist die große Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Das aus diesen Zahlen sprechende Elend kommt im Verbrauch der Nahrungsmittel deutlich zum Ausdruck. Nach amtlichen Feststellungen ist im Jahre 1922 der Verbrauch an Butter pro Kopf...

9 v. H. Der Verbrauch an Fleisch um 40 v. H. zurückgegangen, während der Konsum von Hundestein um 415 v. H. zugenommen hat. Eine Umfrage in Berliner Schulen hat ergeben, daß von 72 000 Schülern 16,5 v. H. nüchtern, 7,5 v. H. ohne warme Mahlzeit, 31,2 v. H. mit nur einer warmen Mahlzeit, 15 v. H. mit mangelhaftem Schutzeug zur Schule gekommen waren. Die Zahl der Armenbegräbnisse ist in München von 400—500 vor dem Kriege, auf 2100 im Jahre 1923 gestiegen, und der preussische Minister des Innern mußte in einer Verordnung darauf hinweisen, daß Leichen in Erbsärgen aus Papier, Pappe, Gips usw. beerdigt werden dürfen, dagegen könne die „Einbettung ohne Umhüllung“ nicht genehmigt werden. Die vorstehenden Zeilen sollten zu denken geben und den vergnügungssüchtigen Teil der Bevölkerung an ihre christlichen und menschlichen Pflichten gegenüber der armen Bevölkerung erinnern.

**Mehr christlicher Geist im Wirtschaftsleben!**

Die Synode Hattingsen der evangelischen Kirche hielt es für ihre Pflicht, auf der am 2. Juni stattgefundenen Tagung zur gegenwärtigen Lage warnend ihre Stimme zu erheben. Die Synode erklärte u. a.

„Die ungeheure Not, die in weitesten Volkskreisen schon lange bestand, ist in den letzten Wochen in einem nie gekanntem Ausmaß zu Tage getreten. Diese Not darf nicht größer werden. Sie darf auch nicht dazu benutzt werden, den Schwächeren im Wirtschaftskampf zu vergeblichen. Der Geist, den uns das Evangelium Jesu Christi gebietet, muß wieder überall, besonders aber im Wirtschaftsbereich, mehr Einfluß erhalten. Die Lösung sei: „Einer trage des andern Last.“ Nur dann, wenn nach den Grundsätzen des Christentums gehandelt wird, ist es möglich, Ruhe in das Volksganze hineinzubekommen. Die Synode sieht sich deshalb verpflichtet, die Arbeitgeber herzlich zu bitten: „Laßt Euch nicht nur von Geschäftsinteressen leiten, sondern denkt auch daran, daß auch der Arbeiter eine Seele hat! Denkt weiter darüber nach, daß in unserem schwer geprüften Vaterlande der soziale Friede unbedingt erhalten bleiben muß! Geht dem Arbeiter das, was er bedarf, um sich und seine Familie in dieser außerordentlich schwierigen Zeit zu erhalten, zu ernähren und zu kleiden!“ Aber auch an die Arbeitnehmer wenden wir uns und bitten sie: „Helft Ihr auch an Eurem Teile dazu daß das Wohl des Ganzen nicht gefährdet wird. Folgt nicht denen, die ohne irgendwelche Verantwortung zu übernehmen, nur Unfrieden säen! Laßt Euch, wie es alle un sollen, von den Grundsätzen des Evangeliums leiten!“

**Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.**

**Entlassung erkrankter Arbeiter — eine unbillige Härte.**

Die Direktion der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Kaufbeuren hatte acht Arbeiter bezw. Arbeiterinnen ihres Betriebes, die krank fielen, gekündigt. Die Bekündigten erhoben beim Betriebsrat dagegen Einspruch. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Daraufhin erhob der Betriebsratsvorsitzende im Auftrage der Bekündigten Klage beim Arbeitsgericht.

In der mündlichen Verhandlung nahm der Kläger bezüglich einer Arbeiterin die Klage zurück, da diese Arbeiterin von der Beklagten inzwischen wieder eingestellt worden war. Von den noch übrigbleibenden sieben gekündigten Arbeitern bezw. Arbeiterinnen muß die Firma auf Grund des ergangenen Urteilspruches drei Arbeiterinnen, die schon seit den Jahren 1919, 1912 und 1913 bei der Firma in Arbeit standen, nach ihrer Wiedererfindung wieder einstellen. Die übrigen vier Kläger, die erst in den letzten drei bis vier Jahren eingestellt wurden, sind mit ihrer Klage abgewiesen worden. Aus der Urteilsbegründung entnehmen wir folgende beachtenswerten Darlegungen:

Die Beklagte wendete ein, daß sie die sieben Arbeitskräfte sogar fristlos gemäß § 123 Abs. 1, Ziff. 8, der Reichsgewerbeordnung hätte entlassen können, weil sie es zur Sicherung der Arbeit unfähig zu machen seien, nachdem sie bereits über sechs Wochen wegen Krankheit der Arbeit ferngeblieben seien.

Die Rechtsfrage, ob bei den sieben Arbeitskräften des gegenwärtigen Streitfalles der Begriff der Arbeitsunfähigkeit im Sinne des § 123 Abs. 1, Ziff. 8, der Reichsgewerbeordnung gegeben ist oder nicht, ist für die Entscheidung belanglos, da eine fristlose Entlassung garnicht in Betracht kommt. Einzig und allein ist bei jeder einzelnen der sieben Arbeitskräfte die Ermessungsfrage zu entscheiden, ob die ausgesprochene Kündigung eine unbillige nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte im Sinne des § 84, Abs. 1, Ziff. 4, des Betriebsrätegesetzes darstellt.

Es sei zunächst die allgemeine Auffassung des Gerichts voranzuschicken: Sie drückt sich im allgemeinen mit der Auffassung, die in der Zeitschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ Nr. 6, vom 1. März 1924 in einem Aufsatz: „Eure Erfahrungen mit der neuen Schlichtungsordnung beim Kaufmannsgericht“, vertreten wird. Hiernach muß als ein Merkmal, der die Kündigung als eine unbillige Härte erscheinen läßt, langjährige Beschäftigung in dem betreffenden Betrieb und Unmöglichkeit der Erlangung einer neuen Stellung angesehen werden. Wer seinem Arbeitgeber viele Jahre treu gedient hat, empfindet es mit Recht als unbillige Härte, wenn ihm gerade zu einem Zeitpunkt gekündigt wird, wo infolge allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges neue Stellen immer zu finden sind.“ (Siehe Zeitschrift a. a. O.).

Die Berufung auf § 84, Abs. 1, Ziff. 4, Betriebsrätegesetz, darf allerdings nicht dazu führen, daß das in der Arbeitsordnung des Betriebs und in der Gewerbeordnung vorgesehene Kündigungsrecht des Arbeitgebers überhaupt in Frage wird. Wenn aber die Kündigung in dem Augenblick erfolgt, in dem der lange Jahre im Betrieb beschäftigte Arbeitnehmer krank ist, so wird es im Regelfalle dem normalen sozialen Empfinden entsprechen, wenn eine solche Kündigung als unbillige Härte im Sinne des § 84, Abs. 1, Ziff. 4, Betriebsrätegesetzes, angesehen wird.

Daß die Kündigung durch das Verhalten eines der Arbeitnehmer bedingt war, ist von der Beklagten nicht behauptet worden. Wenn die Beklagte nachweisen will, daß die Kündigungen durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt gewesen seien, so hätte sie ihre ganze Vermögens- und Geschäftslage darlegen müssen. Mit dem bloßen Hinweis, daß die gegenwärtige Geschäftslage einen Abbau notwendig mache, und daß sich das Unternehmen zur Zeit in einer Krise befindet, kann der vom Gesetz verlangte

Nachweis nicht geführt werden (vergleiche die Zeitschrift für Gewerbe- und Kaufmannsgericht a. a. O.) . . .

Bei den Arbeiterinnen Kreuzzug Vogt, Justine Leonhard, Eleonora Kieger waren die Kündigungen eine unbillige Härte im Sinne des § 84, Abs. 1, Ziff. 4 des Betriebsrätegesetzes. Vogt steht bereits seit 11 Jahre im Dienste der Beklagten. Wenn auch der Ghemann verdient, so ist doch für sechs Kinder zu sorgen. Nach dem ärztlichen Gutachten ist eine Wiedererfindung in absehbarer Zeit nicht ausgeschlossen. Die Arbeiterin Justine Leonhard ist seit nahezu 12 Jahren, die Arbeiterin Eleonora Kieger seit 15 Jahren bei der Beklagten beschäftigt. Leonhard ist Witwe; von den Kindern verdienen nur drei. Der Ghemann der Kieger verdient zur Zeit als Hilfsarbeiter. Wegen der hohen Zahl der Dienstjahre muß jedoch trotzdem die Kündigung als eine unbillige Härte angesehen werden. Nach dem ärztlichen Gutachten ist anzunehmen, daß Leonhard und Kieger in absehbarer Zeit wieder arbeitsfähig werden.“

**Aus der Textilindustrie.**

**Die Differenzen in der Tuchindustrie.**

Die Deutsche Tuchkonvention hat die Anträge der Arbeitnehmerverbände, die diese in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage in bezug auf Erleichterungen der Zahlungs- und Lieferungsbedingungen gestellt hatten, auf Grund einer Umfrage bei ihren Mitgliedern sämtlich abgelehnt. Die Ablehnung wird laut „Textilzeitung“ damit begründet, daß die Zugeständnisse der Mitglieder der Tuchkonvention nur auf Kosten der Kreditgeber und ihrer Mitglieder möglich wären, daß aber die Fabrikanten selbst auch keine Zugeständnisse und Erleichterungen erhalten. Außerdem wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß bei einem Eingehen auf die Wünsche der Arbeitnehmer die Gefahr eines Zusammenbruchs des Tuchmarktes herausbeschworen werden könnte. Man spricht davon, daß sich 80—90 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen die Anträge der Abnehmerverbände ausgesprochen haben.

**Kleinarbeit**

war es, wodurch unser Verband zum Blühen und Gedeihen gebracht wurde. Mähsam und dornenvoll war meistens diese Arbeit, aber freudig und opferwillig wurde sie geleistet. Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und einfache Mitglieder eiferten hierbei miteinander um die Wette. Kleinarbeit ist

**das**

beste Mittel, auch in Zukunft unsern Verband noch weiter vorwärts und aufwärts zu bringen. Erforderlich ist aber, daß nicht nur einige wenige, sondern alle Mitglieder sich beteiligen. Hierin liegt das

**Geheimnis**

unserer Kraft. Freudig können wir aber auch mitarbeiten und stolz darauf sein, daß wir es dürfen, denn es ist eine große und hehre Sache, wofür wir unsere Kraft hergeben. Die Stärkung

**des**

Verbandes wollen wir uns in den nächsten Wochen und Monaten daher ganz besonders angelegen sein lassen. Das ist der beste Damm gegen die soziale Reaktion und der sicherste Weg zum Sieg des Arbeiterverbandes. Es ist hier unsere Pflicht, sind wir sicher des

**Erfolges.**

**Starkes Anwachsen der amerikanischen Kunstseidenindustrie.**

Der stellvertretende Vorsitzende der amerikanischen Gesellschaft für Kunstseide, Tubize, konstatiert in seinem Bericht an die Silk-Association, daß im Jahre 1923 eine starke Zunahme des Umsatzes in Kunstseide erfolgte. In den Vereinigten Staaten erreichte die Produktion über 35 Mill. Pfund bei einer Zunahme von 57 Prozent gegenüber dem Vorjahre. In Europa stiegen Produktion und Konsum in demselben Verhältnis wie in den Vereinigten Staaten.

**Ein färbereitechnischer Kongreß in Schweden.**

Ein zweiter allgemeiner färbereitechnischer Kongreß findet nach einem Stockholmer Bericht des „Konfektionär“ vom 1.—3. August 1924 in Norrköping statt mit Vorträgen, Ausprägungen, Fabriksbesuchen usw. Einladungen ergingen auch nach Dänemark, Norwegen, Finnland, Deutschland usw. Der erste Kongreß dieser Art vorigen Jahres auf der Göteborg-Ausstellung war u. a. von deutschen Färberei- und Appreturmachinenfabrikanten besucht.

Gleichgültiger, Du willst Dich um Dein Eigenes gar kümmern? Um Dein Haus und Weib und Kind? Der Mensch hat kaum ein Eigentum, woran nicht fremde Hand unsichtbar liegt. — Drum: Kümm're Dich um Vaterland und Menschen, Kümm' teil mit Mund und Hand an allem Nahren, Kümm' teil mit Herz und Sinn an fernem Guten, Was Edle rings bereiten — auch für Dich!

Daß nichts verderben — sonst verdichst Du mit; Daß keinen Sklaven sein, sonst bist Du's mit; Und denken alle so wie Du: Drum kann Der Schliche keinen plagen — auch Dich nicht! Und kann die Menschheit frei das Rechte tun, Kommt alles, was sie tut, auch Dir zugut, Und Deinen Enteln allen; denn auf immer Wird das erworben, was der Geist erwirbt.

Seppold Schäfer.

**Aus unserer Bewegung.**

**Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen in der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Kaufbeuren.**

Die Arbeiterchaft der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Kaufbeuren muß einen besonders schweren Kampf um ihr Dasein führen. Eine längere Ruhe wird ihr nicht gegönnt. Ständig befindet sie sich in größter Aufregung. Neuerdings sind es die Maßnahmen der Betriebsleitung zur „Sanierung des Betriebes“, die die Arbeiterchaft mit schmerzlicher Besorgnis für die nächste Zeit erfüllt. Der Betrieb soll nicht mehr konkurrenz- und leistungsfähig genug sein. Darum die „Sanierungsmaßnahmen“ der Direktion. Diese bestehen in der Hauptsache in Arbeiterentlassungen, in der Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzungen. Es sind das alles Mittel, die ganz gewiß nicht neu sind und die leider auch von anderen, älteren Betriebsleitern wiederholt schon zum größten Schaden der Arbeiterchaft angewandt wurden. Soziale Maßnahmen und menschliche Rücksichten auf die Arbeiter, die ohnehin schon in der größten Not leben, scheinen der neuen Betriebsleitung ganz unbekannte Dinge zu sein.

Der Anfang zum Lohnabbau wurde vor ungefähr drei Monaten in der Spinnerei gemacht. Die Folge war die plötzliche Niederlegung der Arbeit durch die Spinnereiarbeiterchaft. Daraufhin wurde die in der Spinnerei beschäftigte Arbeiterchaft fristlos entlassen. Durch Verhandlungen der Organisationsvertreter mit der Betriebsleitung wurde erreicht, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde und daß keine Maßregelungen erfolgten. Die Gewerkschaften der Arbeiter klagten beim Schiedsgericht der Arbeitsgemeinschaft auf Nachzahlung des zu niedrig bezahlten Lohnes. Das Schiedsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß zwei Prozent des Lohnes nachzuzahlen seien.

Die größte Aufregung unter der Arbeiterchaft rief dann später eine Mitteilung der Betriebsleitung an den Betriebsrat und ein Anschlag hervor, wonach ab 30. Juni die Arbeitszeit auf 24 Stunden in der Woche verkürzt wird. Bei den Verhandlungen, die der Betriebsrat daraufhin mit der Direktion hatte, wurde vom Direktor erklärt, daß das Unternehmen infolge der hohen Löhne nicht mehr konkurrenzfähig sei, infolgedessen der Abfah stocke und darum auch die Löhne in der Weberei verkürzt werden müßten.

Am Mittwoch, den 2. Juli — der ersten Woche mit der 24 stündigen Arbeitszeit — mußten die Weber, Weberinnen und die Arbeiter im Webereivorwerk zu ihrem großen Schrecken wahrnehmen, daß ihre Akkordsätze teilweise bis zu 22 Prozent gekürzt worden waren. Die Erregung der Arbeiterchaft stieg aufs höchste. Nur dem entschlossenen Eingreifen und der Einwirkung der Betriebsratsmitglieder auf die Arbeiterchaft ist es zu danken, wenn die Arbeiterchaft sich nicht zu Tätlichkeiten gegenüber der Betriebsleitung hat hinreißen lassen.

Durch die Vertreter der Arbeiterorganisationen ist der eingehaltene Lohn sofort eingeklagt bezw. eine Klage anhängig gemacht worden, durch die festgestellt werden soll, ob die Firma berechtigt war, den vereinbarten Akkordlohn ohne Kündigung und ohne vorherige Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu kürzen. Ueber den Ausgang dieser Angelegenheit werden wir sofort nach Verkündung des Urteilspruches berichten.

Eine weitere unethische Maßnahme der Betriebsleitung gestellte sich zu den bereits hier angeführten. Die Direktion kündigte acht kranken Arbeitern, die zum Teil schon seit vielen Jahren im Betriebe beschäftigt gewesen. Die Bekündigten haben sofort dagegen beim Betriebsrat Einspruch erhoben. Das Urteil des Arbeitsgerichtes wird in dieser Nummer an anderer Stelle — unter dem Stichwort: „Entlassung erkrankter Arbeiter — eine unbillige Härte“ — besprochen.

Die Arbeiterchaft ist der Auffassung, daß die Maßnahmen der Betriebsleitung hauptsächlich zu dem Zwecke getroffen wurden, die Löhne der Arbeiterchaft herabzudrücken. Aber selbst wenn dem nicht so wäre, so können wir nicht die Notwendigkeit einsehen, in dieser rücksichtslosen Weise gegen die Arbeiter vorzugehen. Eine Direktion, die auf diese Weise unter ihrer Arbeiterchaft Wind sät, darf sich nicht wundern, wenn sie dafür einmal Sturm ernten wird. Mit Gewalttaten der geschilderten Art ist die deutsche Wirtschaft und ist auch jeder Einzelbetrieb wahrhaftig nicht zu sanieren.

**Besondere Bekanntmachung.**

Auf Grund der Bestimmung des § 10 der Verbandsatzungen machen wir hierdurch bekannt, daß zum Vorsitzenden des Generalversammlungs zu Barmer neugewählten Verbandes a. s. u. s. s. v. von diesem gewählt wurde der Kollege

Theodor Nießen, Lobberich (Rhld.)  
Dillischerstraße 74.

Der Zentralvorstand:  
J. A. Heinrich Fahrendrath,  
Vorsitzender.

**Versammlungskalender.**

Cottbus, Sonnabend, 19. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale Uj, Spreesfr., Generalversammlung.

**Inhaltsverzeichnis.**

Artikel: Die Ansprüche der Arbeiterchaft auf Mitleitung und Mitbestimmung der Wirtschaft. — Zur gegenwärtigen Krise in der deutschen Textilindustrie. — Fürsprache für die Erwerbslosen. — Soziale Kündigung des Deutschen Evangelischen Kirchentages. — Christentum und soziale Not. — Festschriften: Die alten Wege. — Allgemeine Kündigungen: Gewerkschaften und Jugendvereine. — Eine Tagung der Handlungsgehilfen. — Die soziale Not in Deutschland. — Mehr christlicher Geist im Wirtschaftsleben! — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Entlassung erkrankter Arbeiter — eine unbillige Härte. — Aus der Textilindustrie: Die Differenzen in der Tuchindustrie. — Starkes Anwachsen der amerikanischen Kunstseidenindustrie. — Ein färbereitechnischer Kongreß in Schweden. — Aus unserer Bewegung: Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen in der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Kaufbeuren. — Bekanntmachung. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller,  
Dillendorf 100, Lannenstr. 32.